

Classe politique



Daniel Jositsch **Filippo Leutenegger**

Daniel Jositsch, Wohltäter, glaubt nicht, dass ihm seine Doppelbürgerschaft politisch schaden könnte – «etwa bei einer Bundesratskandidatur». Im Moment gebe es Wichtiges, etwa das Engagement für Kolumbien, beschied er der «Schweizer Illustrierten», die ihn in seiner zweiten Heimat besuchte. Zur Bekräftigung umarmte er ein krankes Kind und liess sich dabei fotografieren. Das ist schliesslich etwas, was Politiker mit Ambitionen nie täten.

Filippo Leutenegger, Tausendsassa, hat Zürich wieder einmal beglückt. Kurz nachdem er seine Kandidatur als Stadtpräsident bekanntgegeben hatte, lud er zur Medienkonferenz auf den Sechseläutenplatz. Grund: Die Stadt liess dort ein paar Sonnenschirme aufstellen. Die Schirme werden seither dankbar genutzt. Dass sie die Aufschrift «Leutenegger ins Stadtpräsidium» tragen, ist dagegen ein Gerücht.

Christine Bulliard-Marbach, Tierfreundin, trauert. Die CVP-Nationalrätin beklagt den Tod von Mazot de Crema, dem Siegermuni des letzten Schwingfests. Der stolze Bulle, für den sie als Patin fungiert hatte, wurde kürzlich still und leise geschlachtet, da Schwingkönig Matthias Glarner ihm schöne einen Scheck über 30 000 Franken vorzog. Tröstlich ist nur, dass Mazots Tod wohl andere Leben rettete: Der Stier war zuletzt so schwer, dass er beim Bespringen fast die Rücken der Kühe brach.

Schulsport unter Druck

Beim Bund bestehen Pläne, das Obligatorium für Sportlektionen aufzuheben

Wenige Jahre nachdem ein nationales Sportobligatorium im Gesetz verankert worden ist, steht es wieder auf der Kippe. Sportpolitiker befürchten einen Abbau.

René Donzé

Es war ein hartes Ringen damals im Bundeshaus: Die grosse Mehrheit des Nationalrates wollte den Kantonen vorschreiben, wie viele Lektionen Sport die Kinder erhalten. Der Ständerat war strikte dagegen und bewegte sich damit auf einer Linie mit Bundesrat Ueli Maurer (svp.), damals Vorsteher des Verteidigungs- und Sportdepartements. Erst in der Einigungskonferenz gaben die Ständeräte nach. Das war 2011. Seither stehen drei Sportlektionen pro Woche in der obligatorischen Schule im Sportförderungsgesetz.

Nun wird das bereits wieder infrage gestellt. Wie gut unterrichtete Quellen berichten, will das Finanzdepartement, dem pikanterweise heute Ueli Maurer vorsteht, auf diese Regelung zurückkommen: Der Vorschlag ist Teil einer Analyse zur besseren Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen. Dieser Bericht wird den kantonalen Regierungen zur Stellungnahme unterbreitet.

Systembruch korrigieren

Darum weiss auch Benedikt Würth (cvp.), Finanzdirektor des Kantons St. Gallen und Präsident der Konferenz der Kantone, von diesen Ideen und begrüsst sie: «Die Kantone haben diese Bundesregelung, welche in die kantonale Schulhoheit eingreift, immer als Fremdkörper und völlig unnötig empfunden.» Es dürfe nicht sein, dass der Bund Vorschriften mache, deren finanzielle Folgen allein die Kantone trügen.

Der Sportunterricht in der obligatorischen Schule, den Gymnasien und den Berufsschulen kostet die Kantone jährlich rund 1,4 Milliarden Franken. «Inhaltliche und finanzielle Verantwortung müssen zusammengehören», sagt Würth. «Die geltende Rege-



Heute sind drei Lektionen Sport pro Woche in der Volksschule Pflicht: Turnende Kinder in Lachen im Kanton Schwyz. (25. Juni 2015)

lung im Sportbereich verstösst krass gegen diesen Grundsatz.»

Unterstützt wird er in seiner Haltung von bürgerlichen Bildungspolitikern. Christian Wasserfallen (fdp.) kämpfte 2011 mit seiner Fraktion gegen das Sportobligatorium. «Es ist ein Eingriff in die Kantonshoheit», sagt er. Dies habe dazu geführt, dass auch in anderen Bereichen die Lust auf nationale Vorschriften in der Bildung gestiegen sei, etwa bei den Fremdsprachen. «Damit müssen wir ein für alle Mal aufhören.»

Auch Peter Keller (svp.) ist gegen das Obligatorium. Dabei war es sein Parteikollege, der ehemalige Eishockey-Nationaltrainer Simon Schenk, der damals als Nationalrat an vorderster Front da-

für gekämpft hatte. «Es gibt eben auch bei uns eine hohe Affinität zum Sport», sagt Keller. Doch das dürfe keine Rolle spielen. «Wir müssen diesen Systembruch korrigieren.»

Sport als Sparopfer

Empörung lösen die Ideen bei Matthias Aebischer (sp.) aus, dem Präsidenten der parlamentarischen Gruppe Sport. «Das wäre meines Erachtens völlig unsinnig», sagt er. «Es geht hier um die Volksgesundheit und damit um immense Folgekosten.» Darum brauche es Richtlinien des Bundes. Seine Parteikollegin Chantal Galladé, die sich für das Gesetz eingesetzt hatte, befürchtet einen Abbau des Schulsports in einer

Zeit, in der die Kantone Sparpakete schnürten. «Wenn das Sportobligatorium gestrichen wird, dann wird sicherlich bald auch beim Turnunterricht gespart.»

Aus formellen Gründen für die Beibehaltung der Regelung ist der liberale Christof Eymann. Zwar sei die Erziehungsdirektorenkonferenz, deren Präsident er war, damals mit Recht dagegen gewesen. Doch nun hätten sich die Kantone gut darauf eingestellt. «Es ist nicht angezeigt, jetzt wieder alles rückgängig zu machen.»

Auch verwaltungsintern regt sich Opposition. So will sich das Bundesamt für Sport unter Verteidigungsminister Guy Parmelin (svp.) dem Vernehmen nach gegen diese Änderung ausspre-

chen, weil man einen Abbau des Schulsports befürchtet. Für Benedikt Würth ist diese Angst hingegen «völlig unbegründet»: «Die Kantone sind selbstverständlich in der Lage, den gesamten Volksschulbereich, inklusive Sport, im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft gut zu organisieren und zu finanzieren.»

Das Finanzdepartement will inhaltlich keine Stellung nehmen. Die Beurteilung der Aufgabentrennung sei Gegenstand laufender Arbeiten. Der jüngste Bericht enthalte noch keine Handlungsempfehlungen. Im Herbst 2018 werde der Bundesrat entscheiden, ob er ein neues Projekt einer Aufgabenentflechtung für sinnvoll erachte, sagt ein Sprecher.

SP will Landesstreik-Jubiläum politisch nutzen

Die SVP hat vorgemacht, wie man historische Ereignisse für den Wahlkampf ausschlachtet. Nun zieht die SP mit dem Jubiläum des Generalstreiks von 1918 nach.

Christina Neuhaus

2015 war ein gutes Jahr für Jubiläen: 700 Jahre Schlacht von Morgarten, 500 Jahre Schlacht von Marignano und 200 Jahre Wiener Kongress. Die SVP erfand sich als Hüterin der Geschichte und demonstrierte erfolgreich, wie man historische Ereignisse nutzt, um das politische Programm zu untermauern. Die Hauptbotschaft lautete: Nur die SVP ist heute noch willens, die Neutralität zu verteidigen, die ihre Wurzeln in der Geschichte des Landes hat.

Die anderen Parteien taten sich bisher schwer damit, historische Ereignisse für politische Zwecke zu nutzen. Doch nun ist auch die SP auf den Geschmack gekommen. Gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund will sie den 100. Jahrestag des Landesstreiks von 1918 mit einer Reihe von Projekten, Informationskampagnen und einem Gedenkanlass im November 2018 begehen. Dafür sucht sie einen

Projektleiter, der den Anlass vom Zentralsekretariat in Bern aus organisieren soll.

Doch weshalb liegt der SP der 100. Jahrestag des General-Landesstreiks so am Herzen? «Er ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Ereignisse seit der Gründung des Bundesstaats», sagt SP-Co-Generalsekretärin Leyla Gül. «Mit dem Landesstreik legten die Arbeiterinnen und Arbeiter den Grundstein für den schweizerischen Sozialstaat.»

Dass sich die Sozialdemokraten für die politische Zelebrierung des Ereignisses von der SVP inspirieren liessen, stellt Leyla Gül in Abrede. Die eigene Geschichte und die Würdigung wichtiger historischer Ereignisse sei der Partei schon immer wichtig gewesen, sagt sie.

Wie gross das Budget für den Jubiläumsanlass ist und ob neben dem Gewerkschaftsbund noch andere linke Vereinigungen oder Parteien eingebunden werden sollen, kann Gül noch nicht sagen. Die Erinnerung an die dramatischen Tage im November 1918 bezweckt aber zweifellos, die linken Kräfte zu einigen und Identität zu stiften. Für die Jungsozialisten ist der Generalstreik ein Symbol des Widerstands «gegen das Diktat der Besitzen-



Kavallerie und Streikende auf dem Zürcher Paradeplatz 1918.

den». Die Mutterpartei erinnert gerne daran, dass die Menschen damals für den Achtstundentag, das Proporzwahlrecht, das Frauenstimmrecht und eine Alters- und Invalidenversicherung auf die Strasse gegangen sind: Errungenschaften, an denen die Sozialdemokraten grossen Anteil haben, wie sie nie müde werden zu betonen.

Eine der wichtigsten Figuren des Generalstreiks von 1918 war der Berner Stadtrat Robert Grimm, der dem «marxistischen Zentrum» der SP angehörte. Er war der Präsident des im letzten Kriegsjahr 1918 gegründeten Oltener Komitees, das die Reformen mithilfe eines Generalstreiks durchsetzen wollte. Am Landesstreik, der die Schweiz zwischen dem 11. und dem 14. November 1918 drei Tage lang in Atem hielt, beteiligten sich rund 250 000 Arbeiter und Angestellte. Obwohl sie nicht zu den Waffen gegriffen hatten, entsandte der Bundesrat auf Drängen General Willes Ordnungstruppen – gesamtthaf 95 000 Mann – an die Brennpunkte aus. Insgesamt verlief der Landesstreik verhältnismässig glimpflich. Aber es gab auch Tote: In Zürich wurde ein Soldat getötet, und in Grenchen erschossen die Ordnungstruppen drei Streikende.

Frauen unterstützen AHV-Reform

Die Rentenreform erhält weitere Unterstützung von weiblicher Seite. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, beratendes Organ des Bundesrats in Gleichstellungsfragen, spricht sich für die Abstimmungsvorlage vom 24. September aus, wenn auch mit Vorbehalten. Im Sinne eines Kompromisses empfehle sie die Reform zur Annahme, schreibt sie in einer Stellungnahme. Aus Frauensicht seien vor allem die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken pro Monat sowie der bessere Versicherungsschutz in der zweiten Säule positiv zu bewerten.

Schwerverdaulich ist für die Kommission indes die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65. Dieser Schritt sei «weder unter Gleichstellungs- noch sozialpolitischen Gesichtspunkten angebracht». Die Kommission verlangt darum gezielte Schritte gegen Lohndiskriminierung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Positionsbezug ist insofern überraschend, als sich das Gremium zu Beginn der Debatten noch kritischer gezeigt und das höhere Rentenalter kategorisch abgelehnt hat. (dli.)